



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 0 886 890

F/XI/309 - 11. September 1956

Hinweise  
auf den Inhalt:

Bonn und der Konflikt um den Suez-Kanal	S. 1
Bundeswehr und Rowdytum	S. 2
Absage der Labourparty an den Imperialismus	S. 3
Zum Abschluss der "Nordischen Tage" in Lübeck	S. 5

## Beteiligung an Sanktionen?

ler. Ist die Bundesregierung dabei, ihre bisher in dem Konflikt um den Suezkanal geübte Zurückhaltung aufzugeben? Nach einer nicht dokumentierten Meldung aus London hat sich die Bundesrepublik auf der Pariser NATO-Tagung am vergangenen Mittwoch in Paris bereiterklärt, sich gegebenenfalls an wirtschaftlichen Sanktionen gegen Ägypten zu beteiligen, die in erster Linie in einer Umlenkung des Schiffverkehrs vom Kanal über Südafrika bestehen würden.

Sanktionen sind eine sehr zweischneidige Sache. Sie treffen in der Regel mit gleicher Wucht den Ausführenden wie den davon Betroffenen. In Falle der Bundesrepublik wären die Wunden, die sie sich selbst zufügen würde, weitaus schwererwiegend<sup>er</sup> als die Nachteile für Ägypten. Ein beträchtlicher Teil des deutschen Exports und Imports geht durch den Kanal, der Handel mit den asiatischen Staaten, mit Indonesien und Australien würde nicht nur verteuert, sondern auch geringer werden. Allgemeine Preiserhöhungen, Versorgungsschwierigkeiten in der Wirtschaft, eine empfindliche Schmälerung des deutschen industriellen Einflusses in diesem Teil der Welt, der immerhin die Hälfte der Menschheit umfasst, wären die unausbleiblichen Begleiterscheinungen.

Welchen Grund sollte die Bundesrepublik haben, sich in höchst gefährliche Weltbündel zu verstricken? Deutsche Lebens- und Wirtschaftsinteressen wurden durch die Enteignung der Suez-Kanalgesellschaft nicht betroffen, die Freiheit der Durchfahrt durch diesen Kanal nicht beeinträchtigt, nicht ein einziges deutsches Schiff von Ägyptern festgehalten. Wenn England und Frankreich in ihrer Ratlosigkeit über die - 2 -

weitere Handhabung dieses Konfliktes Sanktionen über Ägypten verhängen - was nach dem letzten Stand der Dinge im Bereich der Möglichkeit liegt - besteht für Bonn kein Anlass, ein Spiel mitzuspielen, in dem wir nichts zu suchen, aber viel zu verlieren haben. Die grosse Mehrheit der 18 Staaten, die Verhandlungen auf der Grundlage des von Masser verworfenen Dulles-Planes verlangt hatten, zeigt keine Neigung, hier Grossbritannien und Frankreich als der Hauptbetroffenen im Suez-Konflikt zu folgen. Sie war sich wohl über das Ziel, nicht aber über die Mittel seiner Durchsetzung einig.

Die Frage erhebt sich: Wer hat den deutschen Vertreter bei der NATO zu einer solch schwerwiegenden Zusage, falls sie gegeben wurde, ermächtigt? Das Kabinett oder im Alleingang der Aussenminister? Erfolgte sie aus missverständlicher Solidarität mit den beiden Westmächten, dann hat sich Bonn selbst damit einer Bärendienst erwiesen. Sie ist geeignet, Ägypten uns zu verfeinden und uns in der gesamten asiatisch-afrikanischen Welt den Verdacht auszusetzen, dass die Bundesrepublik in diesem Konflikt auf der Seite jener steht, die auf unhaltbar gewordenen Vorrechten beharren.

\* \* \*

#### Soldaten sind kein Freiwild

sp. Aus Hamburg wird berichtet, dass eine Gruppe von neun schon nicht mehr ganz halbtarken jungen Männern zwei Bundeswehrsoldaten überfallen und verprügelt haben.

Wenn es sich bei einem solch sehr bedauerlichen Geschehnis um einen Einzelfall handeln würde, könnte man die Angelegenheit mit einem Hinweis auf die Feigheit und Rüpelhaftigkeit der hier zum Ausdruck gekommenen Gesinnung abtun.

Dem ist aber nicht so. - Diese Überfälle haben sich in letzter Zeit leider gehäuft. Sie haben ihren Schwerpunkt in München, Hamburg und Bremen.

Derartige Angriffe sind ein Rückfall in ein Rowdytum, wie es allen Älteren noch lebhaft aus der Zeit der beginnenden 30er Jahre in Erinnerung ist und das letzten Endes mit zum Zusammenbruch der Demokratie geführt hat.

Man kann die Existenz der Bundeswehr als Ergebnis einer verfehlten Politik bedauern und sich über ihre Form und Gliederung streiten. Es ist aber ein Zeichen schlechter und, politisch gesehen, extrem antidemokratischer Gesinnung, wenn Menschen etwa glauben sollten, ihren Groll über eine militär-politische Fehlentwicklung durch Hassausbrüche und Überfälle gegen unbewaffnete Soldaten bereinigen zu dürfen. Hier wäre Rücksichtnahme falsch an Platze.

Es gibt genügend Soldaten, die sich der Tragik ihrer Situation in gespaltenen Deutschland wohl bewusst sind und die es nur mit Schmerzen tragen, dass sie nicht Angehörige einer gesamtdeutschen Armee sind, sondern Soldaten der Bundeswehr, eben eines Symbols der deutschen Spaltung.

\* \* \*

## Das Ende des Kolonialismus

Von Hugh Gaitskell

Führer der Opposition im Britischen Unterhaus

"Wir müssen <sup>aus</sup> unserer Politik, unserer Regierung und unseren Handlungen jeden Anstrich von Kolonialismus entfernen. In der Praxis bedeutet dies vor allem die Weiterführung eines fortschrittlichen Programms der Selbstbestimmung für die Bewohner Westafrikas, der Goldküste, Malayas und Westindiens. Dabei muss ich allerdings zwei wunde Punkte berühren, die meiner Meinung nach in diesem ungeheuer wichtigen Kampfe ein grosses Hindernis bedeuten.

Der erste Punkt ist die Notwendigkeit der Rassengleichheit, besonders in Afrika. Die britische Regierung sollte alles in ihren Kräften liegende versuchen, um unverzüglich mit jeder offiziellen Rassen-Diskriminierung Schluss zu machen.

Sodann: wollen wir diesen Kampf bestehen, so müssen wir, bei aller Anerkennung der Schwierigkeiten, die sich aus diesem Umwandlungsprozess ergeben, als Grundprinzip auch das freie Wahlrecht für alle Menschen anerkennen.

Es hat keinen Sinn, die Stellung der Kolonien zum Rassenproblem lediglich unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, als beziehe sich diese Frage nur auf die Gebiete, in denen sie sich gerade dokumentiert. Tatsache ist, dass das, was in Südafrika, Ostafrika und ebenso in Nordamerika geschieht, auf hunderte von Millionen Menschen in ganz Asien und den anderen Teilen Afrikas ausstrahlt, und weltweite Auswirkungen hervorruft.

### Abbau des "imperialistischen Bollwerks"

Zweitens müssen wir die Doktrin vom "Imperialistischen Bollwerk", diese Einstellung des "Was wir haben, behalten wir auch!", wie sie von der Regierung vorgebracht wurde, aufgeben. Erstens hat es keinen Sinn, an Stützpunkten festzuhalten, die in uns feindlich gesonnenen Gebieten liegen, weil diese Stützpunkte für uns wertlos sind. Andererseits aber dürfen wir auch nicht davon ausgehen, dass es nun unbedingt eine Divergenz zwischen der notwendigen Aufrechterhaltung von Stützpunkten und politischen Wünschträumen zu geben braucht.

Drittens aber müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass wir unter den heutigen Gegebenheiten diese Stützpunkte tatsächlich brauchen. Auch hier haben wir den möglichen Auswirkungen eines Atomkrieges Rechnung zu tragen.

Ich darf mir die Nebenbemerkung gestatten, dass der Gedanke: "Wenn wir schon Stützpunkte haben müssen, wir diese auf dem Verhandlungswege durch Verträge bekommen sollten", nicht nur der Labour Party eigen ist, sondern z.B. ganz selbstverständlich auch den Vorstellungen der amerikanischen Regierung entspricht, deren Stützpunkte heutzutage auf diesem Prinzip beruhen. Ich sehe nicht ein, warum wir nicht genau so handeln sollten. Wollen solche Gebiete neutral bleiben, dann müssen wir ihnen das auch zubilligen. Es ist sinnlos, widerstrebenden Partnern Verträge aufzwingen zu wollen.

Darüber hinaus sollten wir unsere Propaganda in diesen Ländern

11. September 1956

im Auge behalten. Ehe wir uns nicht die wirklichen Probleme dieser Gebiete zu eigen machen, wird auch unsere Propaganda nur von geringem Nutzen sein. Auch unsere Rundfunksendungen verdienen es, unter die Lupe genommen zu werden.

Schliesslich noch ein Punkt, der wohl der wesentlichste von allen ist: Was tun wir eigentlich, um diesen Ländern wirtschaftlich zu helfen? Natürlich sind die Zustände in den verschiedenen Gebieten unterschiedlich, aber dennoch möchte ich ein paar Gesichtspunkte herausgreifen, die auf die meisten von ihnen zutreffen.

#### Hilfe bei der Industrialisierung

Diese Gebiete bedürfen in erster Linie der Industrialisierung. Sie müssen nun einmal durch die Phase der Industrialisierung hindurch, weil sie wissen, und es ist den sie unerschliessenden Gebieten feststellen, dass Industrialisierung der Ausgangspunkt zu einem höheren Lebensstandard bedeutet. Sie wollen mit am Fortschritt beteiligt sein, ein gewisses Ausmass an Industrialisierung erreichen, und nun ihre Produktion durch weitreichende Rationalisierung und Investitionen von Jahr zu Jahr steigern können. Damit wären sie auf einer Stufe angelangt, die die westliche Welt und Sowjetrussland bereits erreicht hat.

Nun kann allerdings die Industrialisierung dieser Länder nur durch staatliche Massnahmen erreicht werden, und damit wird man sich abzufinden haben. Es ist eine interessante Tatsache, dass beispielsweise die indische Kongresspartei, auch wenn sie nicht als "sozialistisch" abgestempelt ist, die Industrialisierung ihres Landes zum grössten Teil aus öffentlicher Hand betreibt.

Das Problem, das wir zu bewältigen haben, sieht so aus:

Alle diese Länder erstreben die Industrialisierung. Soll diese aber weitergetrieben werden, so kann sie nicht ausschliesslich auf die in diesen Ländern zur Verfügung stehenden Hilfsquellen beschränkt bleiben. Das würde eine weitere Einschränkung des bereits äusserst niedrigen Verbrauchs an Konsumgütern bis zu dem Stadium bedeuten, an dem auch die fortschreitende Demokratisierung sehr in Frage gestellt wäre.

Wir müssen diesen Ländern also helfen, um sie vor schweren Opfern und politischen Verwicklungen zu bewahren, die sie in die geschilderte Situation führen müssten. Wir müssen ihnen helfen, damit sie auf dem Wege der Demokratie vorwärtskommen und gleichzeitig ihre Industrialisierung durchführen können.

#### Die UNO als Initiator

Ich möchte das während der letzten Jahre auf diesen Gebiete Geleistete nicht schmälern, aber die Hilfe, die wir zur Zeit leisten, ist unzureichend, angesichts der Probleme, denen diese Länder gegenüberstehen. Ich bin der Meinung, dass ein neuer, schöpferischer Plan entwickelt werden muss, und ich würde es begrüessen, wenn ein solcher Plan von den Vereinten Nationen ausginge, denn dies würde das Ansehen der UN gewaltig steigern. Das wäre an sich schon gut. Darüber hinaus aber würde dieser Weg, sofern er gangbar sein sollte, und die Russen bereit sind, ihn mitzugehen, die Konflikte, die in diesen politisch nicht gebundenen Gebieten zwischen Kommunismus und der freien Welt

auf ihren Ausbruch warten, sozusagen sterilisieren.

Machen wir uns doch nicht vor, dass unsere derzeitigen (britischen) finanziellen Probleme einfach nur aus den Verteidigungslasten her-rühren. Gewiss bedeuten diese eine Belastung, aber vor zwei Jahren hatten wir, bei vergleichsweise viel höheren Verteidigungsausgaben nicht nur keine Krise des Zahlungsausgleichs, sondern sogar einen Überschuß. Können wir diese Belastung abbauen, so würde das einen unwahrscheinlichen Glücksfall bedeuten, und ich hoffe nur, dass wir dieses Glücks-falls teilhaftig werden. Wir brauchen ihn nämlich aus zweierlei Gründen: erstens, um unsere Investitionen im Lande selbst auf einen angemessenen Stand zu bringen, und zweitens, um unseren Teil beizutragen, wenn es um die Planung der Hilfeleistung für die unterentwickelten Gebiete geht. -

\* \* \*

Skandinavische Wünsche

Lübeck

Lübecks "Nordische Tage 1956" sind vorüber. Das dritte Treffen von Skandinaviern und Deutschen in der alten Hansestadt mit ihren 50 000 Heimatvertriebenen unmittelbar an der Zonengrenze wird stärker als die vorhergehenden ausstrahlen. Es sind diesmal in sehr offenem Gespräch Worte über die Beziehungen zum Norden gefunden worden, auf die man in Skandinavien längst gewartet hat.

Im altehrwürdigen Lübecker Rathaus brachte dann der Münchener Publizist Erich Kuby das Gespräch zum Thema "Was ist in den letzten zehn Jahren für eine Verständigung und Annäherung zwischen unseren Völkern geschehen und was konnte noch getan werden?" mit dem Hinweis in Gang: "Man kann dieses Thema nicht literarisch-akademisch behandeln, sondern nur politisch, nämlich der "militanter Wirklichkeit" unserer Zeit entsprechend". Dazu sagte der Präsident des Berliner Abgeordneten-hauses, Willy Brandt, eine "Entkitschung unseres Verhältnisses zum Norden" sei dringend erforderlich. Gewiss müsse ein Strich unter die trübe Vergangenheit gezogen werden, aber das setze unsererseits viel Takt und die Erkenntnis der sozialen Wirklichkeit voraus. Mit Tourismus, Jugendaustausch und Freundschaftsbekanntnissen allein sei es nie getan; es gelte, ganz reale Annäherungen von Politischen her zu betreiben.

Dieser Hinweis konzentrierte dann das Gespräch auf Wege zum gegen-seitigen Kennenlernen der neuen Literatur, zur Vermenschlichung des politischen Stils über die Grenzen hinweg und zur gemeinsamen Korrektur des neueren Geschichtsbildes und der Geschichtsbücher; ein Gespräch,

11. September 1956

in das massgebende Pädaggen, Politiker und Verleger Skandinaviens eingriffen. So fanden die Schilderungen des Kopenhagener Universitätsprofessors Koch über die Volkshochschulen in Dänemark, die dort vor hundert Jahren entstanden und die Jugend in Internatslehrgängen so erziehen, dass sie ihre Rechte und Pflichten im demokratischen Staat begreifen und ausüben können, besondere Beachtung.

Auch in einem Wirtschaftsgespräch sprach man offen miteinander. Die Dänen wünschen eine möglichst rasche Ingangsetzung der echten Vogel-Fluglinie, jener kürzesten Verkehrsverbindung nach Skandinavien, für die Kopenhagen bereits beachtliche Vorleistungen aufbrachte, an die die Bundesbahn aber nur recht zögernd herangeht. Schweden, das gegenwärtig Waren aus der Bundesrepublik im Werte von zwei Milliarden DM jährlich aufnimmt, aber in die Bundesrepublik nur Erzeugnisse für eine Milliarde DM ausführt, sieht sich äusserst, diese Handelsbilanz durch die Exportsteigerung von Erzen, Holz, Zellulose und Papier auszugleichen und möchte stärker Fertigwaren exportieren.

Alle Skandinavier wünschen zum Ausgleich der Handelsbilanzen einen entscheidenden Abbau der deutschen Agrarschutzzölle und Kontingierungsbestimmungen. Auch das gehört nach Ansicht unserer nordischen Nachbarn zur Klimaverbesserung, welche durch die Nordischen Tage 1956 weitergeführt wurde. Dabei wurde das deutsch-skandinavische Verhältnis nicht durch Plottenbesuche oder Ehrenbürgerschaftsdiskussionen belastet.

\* \* \*

---

Verantwortlich: Peter Raunau